

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellungen und Filialen monatl. 3,50 zł. mit Zustellgeld 3,80 zł. Bei Postbezug monatl. 3,89 zł. vierteljährlich 11,66 zł. Unter Streifenband monatl. 7,50 zł. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einpaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Blattdurchschnitt u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 72

Bydgoszcz/Bromberg, Dienstag, 29. März 1938

62. Jahrg.

Die Litauische Frage

und die Grundsätze der polnischen Politik.

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

Oberst Bogusław Miedziński hat in der „Gazeta Polska“, dem führenden Organ des Lagers der Nationalen Einigung, unter obigem Titel einen Aufsatz veröffentlicht, der einen authentischen Kommentar zu der jüngsten Senatsrede des Außenministers Beck enthält; einen Kommentar von hohem aktuellen Wert und zugleich von grundsätzlicher Bedeutung. Oberst Miedziński knüpft an die Stelle in der Beck'schen Rede an, in welcher der Außenminister in einer die voraussetzliche Kritik am Vorgehen der Regierung vorwegnehmenden Weise in einem lapidaren Ausspruch auf die Grundsätze und Traditionen der polnischen Politik hingewiesen und diese den Tendenzen der denkbaren Kritiker kraftvoll entgegengestellt hat. Die von Minister Beck vorausgesetzene Kritik hat sich mittlerweile zu Wort gemeldet, und es hat sich gezeigt, daß die Kritiker von Voraussetzungen ausgehen, die mit den Grundsätzen und Traditionen der polnischen Politik durchaus unvereinbar sind, weil sie einem Maximalismus von übelster Art entspringen. Diese Bessermisser, die zwischen Zielsetzung und Taktik nicht zu unterscheiden wissen, will Oberst Miedziński eines Besseren belehren.

„Alle Einwände der Maximalisten — sagt der Verfasser einleitend — lassen sich auf den Vorwurf zurückführen, daß die Regierung die sich darbietende Gelegenheit, die günstige Konjunktur nicht gehörig ausgenutzt, daß sie sich mit der angeblich unbedeutenden Benützung der Anknüpfung von normalen diplomatischen und nachbarlichen Beziehungen begnügt hat. Es wurden Stimmen laut, welche die territoriale Angliederung oder mindestens die Erzwingung einer Union oder eines Bündnisses mit Litauen verlangten.“

Miedziński unterzieht den Wert dieser Stimmen einer „Untersuchung“ unter dem Gesichtspunkt der „Grundsätze und der Tradition der polnischen Politik“. Von dieser Werte aus betrachtet, wird alles, was sich auf die Frage der Konjunktur bezieht, hinfällig. „Die Ziele der Staatspolitik können sich nicht aus solchen Voraussetzungen ergeben, sie können nämlich nicht veränderlich sein; alle konjunkturmäßigen Voraussetzungen können ausschließlich die Taktik, die Wahl des Augenblicks und der Mittel des Handelns betreffen. Die politischen Ziele eines angelegenen Staates können nicht von einer sich bietenden Gelegenheit diktiert werden; und schon ganz unzulässig ist das Ringen um Ziele — und lägen sie auch im Bereich der vollkommenen sofortigen Möglichkeit — um den Preis des Bruchs der Grundsätze, zu denen sich der betreffende Staat bekennt oder der Traditionen, welche er in seiner bisherigen Politik festgelegt hat.“

„Der Bruch von Grundsätzen oder die Schaffung von zweierlei Maßen auf diesem Gebiet — eines Maßes für sich und eines anderen für andere — droht immer mit dem Verfall in die Verlogenheit, was niemals zu etwas Gutem führt, weder im Zusammenleben von Menschen noch in dem von Nationen; beides führt aber gewiß zu so schlimmen Dingen, wie zu dem Verlust der Achtung und des Vertrauens.“

„Der positive Nationalismus, der ein Grundriss ist, zu welchem wir uns in unserem nationalen Leben bekennen, befiehlt die Achtung der Rechte anderer Nationen an. Für die Wiedererlangung der eigenen staatlichen Souveränität haben wir mit Blut und Leben während einer Reihe von Generationen gezählt. Wenn die Litauische Nation ihren eigenen Staat geschaffen hat, so ist das ihr gutes Recht. Wir müssen dieses Recht — um nicht als „verlogen“ gescholten zu werden — ebenso achten, wie wir von anderen verlangen, daß sie unsere guten Rechte achten.“

„Die Sache der Tradition der polnischen Politik hat hier auch ihre genügend ausdrückliche Stimme. Diese Tradition hat sich schon durch manche von unseren Handlungen in diesem Teil Europas abgezeichnet, wo sich nicht nur die Grenzen vieler Staaten berühren, sondern auch zwei Welten von immer mehr betonter Verschiedenheit aneinander grenzen.“

Es ist Tradition der polnischen Politik, im Bereich ihrer Einflüsse konsequent in der Achtung der friedlichen Gestaltung der Beziehungen und des nachbarlichen Zusammenlebens sogar in denjenigen Fällen zu wirken, wo die Schwierigkeiten unüberwindlich zu sein scheinen. Eine vieljährige konsequente Aktion Polens war der Abschluß von friedlichen Abmachungen zwischen Sowjetrußland und der Gesamtheit seiner westlichen Nachbarn. Eine Aktion von ungemeinem Gewicht für die Gesamtheit der europäischen Verhältnisse war ebenfalls das friedliche Abkommen mit dem Deutschen Reich. Eine beständige Arbeit unserer Diplomatie war auch die Engerknüpfung der Beziehungen zu allen Staaten der baltischen Meeresküste. Wenn wir dazu unser dauerndes Bündnis mit Rumänien hinzufügen, — so ist es unmöglich zu behaupten, daß wir bereits eine gewisse Traditionskette, bestehend aus vielen Gliedern, geschaffen haben. Die Normalisierung der Verhältnisse des nachbarlichen

Katholische Kirche und Nationalsozialismus:

Feierliche Erklärung der österreichischen Bischöfe Bekennnis zum Großdeutschen Reich.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Wien:

Die österreichischen Bischöfe haben eine feierliche Erklärung erlassen, in der sie aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen anlässlich der großen geschichtlichen Ereignisse in Deutsch-Österreich erklären, daß sie die Leistungen der Nationalsozialistischen Bewegung freudig anerkennen und ihr Wirken mit den besten Segenswünschen begleiten. Die Bischöfe bekennen sich ausdrücklich als Deutsche zum Deutschen Reich und fordern dieses Bekenntnis von allen gläubigen Christen.

Die feierliche Erklärung der österreichischen Bischöfe wurde dem Beauftragten des Führers für die Volksabstimmung in Österreich, Gauleiter Bürckel, mit folgendem Schreiben übersandt.

Der Erzbischof von Wien.

Wien, am 18. März 1938.

Sehr geehrter Herr Gauleiter!

Beigeflossene Erklärung der Bischöfe übersende ich hiermit. Sie erkenne daran, daß wir Bischöfe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfüllt haben. Ich weiß, daß dieser Erklärung eine gute Zusammenarbeit folgen wird.

Mit dem Ausdruck ausgezeichnetster Hochachtung
und Heil Hitler!

Kardinal Theodor Inniger.

Der feierlichen Erklärung ist folgendes Vorwort vorangestellt:

Vorwort zur feierlichen Erklärung der österreichischen Bischöfe in Sachen der Volksabstimmung.

Nach eingehenden Beratungen haben wir Bischöfe von Österreich angesichts der großen geschichtlichen Stunden, die Österreichs Volk erlebt, und im Bewußtsein, daß in unseren Tagen die tausendjährige Sehnsucht unseres Volkes nach Einigung in einem großen Reich der Deutschen ihre Erfüllung findet, uns entschlossen, nachfolgenden Aufruf an alle unsere Gläubigen zu richten.

Wir können das um so unbesorgter tun, als uns der Beauftragte des Führers für die Volksabstimmung in Österreich, Gauleiter Bürckel, die anfrichtige Linie seiner Politik bekanntgab, die unter dem Motto stehen soll:

„Gebe Gott was Gottes ist und dem Kaiser
was des Kaisers ist.“

Wien, am 23. März 1938.

Für die Wiener Kirchenprovinz:
Kardinal Theodor Inniger, Erzbischof.

Für die Salzburger Kirchenprovinz:
E. Waig, Fürst-Erzbischof.

Feierliche Erklärung.

Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich: Wir erkennen freudig an, daß die Nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche

Zusammenlebens mit Litauen ist unzweifelhaft ein neues Glied in dieser Tradition; dagegen würden alle von unseren Nationalisten gewiesenen Schritte nicht einer Durchführung, sondern einem Bruch dieser Tradition gleichkommen, welche doch Polen Achtung und Ansehen im Kreise der europäischen Nationen eingebracht hat.

„Während dieser ganzen Arbeit der vergangenen Jahre beobachtete unsere Diplomatie ohne Zweifel genau die Gestaltung der Verhältnisse im gegebenen Zeitraum, wählte sie sorgfältig den Augenblick für die Verwirklichung der einzelnen Ziele. Dann handelte sie, sei es im Wege mühsamer Unterhandlungen, sei es mit Hilfe von Akzenten der Entschiedenheit. Doch betrafen diese Rücksichten konjunktureller Natur immer und einzig die Taktik — niemals die Ziele; und eben deswegen kann sich die polnische Politik während dieser ganzen Zeit über ihre Stetigkeit von den Grundlagen des Handelns an bis zu den Epischerfolgen — ausweisen.“

„Wir vertreten daher die Meinung, daß die Politik Polens in ihrer jüngsten Aktion vom Gesichtspunkt der Grundsätze und Tradition aus als regelrecht bezeichnet werden kann. Regelrecht ist in ihr, unserer Ansicht nach, das eben, was angegriffen wurde: daß die Regierung in dem Zeitpunkt, in dem sie Entscheidung in ihren Handlungen für notwendig und angezeigt hielt — keine anderen Ziele ins Treffen führte, als diejenigen, welche sie sich vor mehr als einem Jahrzehnt gesteckt hatte. Polen ist nicht

Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der Nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volk schuldig sind.

Wien, am 18. März 1938.

Kardinal Theodor Inniger, Erzbischof.
A. Selter, Erzbischof. E. Waig, Fürst-Erzbischof.
Pawlikowski, Fürst-Bischof. Johannes Maria Gßner.
Michael Memelauer.

Der Schlussstrich unter die Vergangenheit.

Das Bekenntnis der österreichischen Bischöfe zum Reich versteht das Deutsche Nachrichten-Bureau mit folgendem Kommentar:

Mit Freude und aufrichtiger Genugtuung nimmt das ganze deutsche Volk von dieser Erklärung Kenntnis. Sie ist geeignet, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, Sie beweist, daß in dieser für das ganze deutsche Volk und seine Zukunft so ereignisreichen Zeit auch die katholische Kirche den Weg zum neuen Staat finden will.

Der Nationalsozialismus, der das unverrückbare Ziel der Einigung aller Deutschen verfolgt, wird glückselig, an demselben Gebiet den Hader und damit die Zerrissenheit unseres Volkes beenden zu können. So wird vielleicht zum ersten Mal in unserer Geschichte am 10. April 1938 die ganze deutsche Volksgemeinschaft ohne Rücksicht auf Stämme, Länder, Klassen und Konfessionen geschlossen zur Wahlurne treten und vorbehaltlos ihr Ja aussprechen.

Von allen Kanzeln verlesen.

Die feierliche Erklärung der österreichischen Bischöfe zur Volksabstimmung am 10. April ist am Sonntag Lätare im gesamten bisherigen österreichischen Staatsgebiet von allen Kanzeln zur Verlesung gebracht worden.

Der Päpstliche Nuntius bei Ribbentrop.

Wie sich der „Instrowany Kurjer Godzienny“ aus Berlin melden läßt, hatte der Päpstliche Nuntius in Berlin Monsignore Orsenigo am Freitag im auswärtigen Amt eine längere Unterredung mit dem Reichsaußenminister von Ribbentrop, nachdem eine ähnliche Konferenz schon vor einigen Tagen stattgefunden hatte. In katholischen Kreisen Berlins werde erklärt, daß man in nächster Zeit mit einer Verständigung darüber rechne, wann die Verhandlungen über die kritischen Punkte des Konkordats beginnen sollen. Es werde auch erwartet, daß der Vatikan eine besondere bedeutungsvolle Botschaft veröffentlicht werde, die sich mit der Frage des Verhältnisses des Deutschen Reichs zur Kirche beschäftigen werde.

Diese Botschaft werde von den Kanzeln aller katholischen Kirchen in Deutschland verlesen werden.

bereit und in der Lage, die Erinnerung an jene mittelalterlichen Raubritter wachzurufen, die sich an großen Straßen, hinter Kreuzwegen auf die Lauer legten und — vorbeifahrende, nicht genügend wehrhafte Scharen von Reisenden ausplünderten, nachdem sie einen günstigen Moment dazu erpäht hatten.

Die von Polen angewandten Akzente der Entschiedenheit und Kraft waren nur deshalb unentbehrlich, weil — wie Minister Beck ausführte — die Welt wissen muß, daß in Polen hinter jedem diensttuenden Soldaten der ganze Staat steht. Gleichermassen auch deshalb, damit die von Grundsätzen und Traditionen diktierte Enthaltsamkeit unserer Politik nicht irrtümlich als Schwäche gedeutet werden kann.“

„Im Verlauf der jüngsten Erscheinungen sehen wir Merkmale, welche wir immer in unserem staatlichen Leben sehen möchten. Alles war an seinem Platz, in gehöriger Ordnung, alles ergänzte sich gegenseitig. Die präzise Bereitschaft seitens der Wehrmacht; der Zusammenschluß der Reihen und die großartige patriotische Begeisterung seitens der Nation; die regelrechten und gehörig durchdachten Entschlüsse und Maßnahmen der Regierung, die sich auf die beiden vorhergehenden Faktoren stützen konnten. Daher glauben wir, daß die weitere Entwicklung der Ereignisse nicht abgewartet werden darf.“

Propst bei Bialystok.

Der neue litauische Ministerpräsident, Pfarrer Mironas, der seinerzeit an den polnisch-litauischen Verhandlungen teilgenommen hatte, hat, wie die polnische Presse zu berichten weiß, gute Kenntnisse über Polen, da er in den Jahren 1908 bis 1910 Propst in Choroscza bei Bialystok, einer damals kleinen Fabrik-Siedlung, war.

Wie aus Kowno gemeldet wird, empfing Ministerpräsident Propst Mironas Vertreter der in- und ausländischen Presse, denen gegenüber er erklärte, daß er die Mission zur Bildung einer neuen Regierung aus dem Grund angenommen habe, weil es den Interessen des Staates abträglich wäre, wenn die Regierung noch länger ohne Ministerpräsident bleiben sollte.

Zu dem Kabinettswechsel in Litauen schreibt die parteiunabhängige „Preussische Zeitung“ in Königsberg:

Ministerpräsident Mironas steht heute im 68. Lebensjahr. Er hat in Litauen das Gymnasium besucht, hat dann in Wilna seine Ausbildung als Geistlicher im Priesterseminar begonnen und in Petersburg in der Priesterakademie beendet. Während des Krieges, als Litauen vom deutschen Heer besetzt war, hat er, wie „Lituanos Aidas“ besonders hervorhebt, seine geheime Tätigkeit im nationallitauischen Sinn betrieben und in dieser Zeit etwa 90 geheime litauische Schulen organisiert.

Wesentlich erscheint im neuen litauischen Kabinett die Neu-Besetzung des Justizministeriums. Der bisherige Justizminister Baron Schilling war der größte Anhänger einer russenfreundlichen Politik und außerdem der Initiator des litauischen Westverbandes.

Eine Villa für die Polnische Gesandtschaft

Für den Sitz der Polnischen Gesandtschaft ist, wie aus Kowno mitgeteilt wird, bereits eine schöne Villa an der Freiheitsallee im Mittelpunkt der Stadt, neben dem Präsidium des Ministerrats, gemietet worden.

Rundschau des Staatsbürgers.

Der 31. März — letzter Termin für Steuererleichterungen!

Am 31. März d. J. erlöschen mehrere generelle Erleichterungen, die durch eine Verordnung des Finanzministers vom 15. April 1935 für Steuerrückstände gewährt wurden.

Bestimmte Erleichterungen von Amts wegen werden lediglich Landwirte, die nach Festlegung der Finanzämter im Jahre 1937 durch Unwetterschäden mindestens einen Ernteausfall von 15 Prozent im Vergleich zu dem Durchschnittsertrag hatten.

Darüber hinaus dürfen die Landwirte, denen die eben erwähnte Erleichterung gewährt wird, und welche von der 25-prozentigen Erleichterung ihre auf Grund der Verordnung vom 15. April 1937 gestandenen Rückstände keine Gebrauch gemacht haben, weil sie im Steuerjahr 1937/38 ihre Rückstände nicht bis zum 31. März d. J. getilgt haben, von der 25-prozentigen Tilgung Nutzen ziehen, sofern sie die Grund- und Einkommensteuer bis zum 31. Dezember d. J. bezahlen.

Die Verordnung des Finanzministers über diese hier erwähnten Erleichterungen wird in der nächsten Nummer des Amtsblattes des Finanzministers veröffentlicht.

Bier Wanderlehrer aus Pommerellen verhaftet! Deutsche Fibeln beschlagnahmt!

In der Zeit vom 28. Februar bis zum 12. März d. J. wurden vier deutsche Wanderlehrer aus Pommerellen verhaftet. Die Gründe für die Verhaftung sind nicht bekannt, ebenso ist den Angehörigen der jetzige Aufenthalt der Festgenommenen von der Behörde bisher noch nicht mitgeteilt worden.

Da auch in den vergangenen Tagen im Kreise Dirschau und Stargard (Pommerellen) von Polizeibeamten viele deutsche Fibeln bei deutschen Familien beschlagnahmt wurden, hat sich im Zusammenhang mit der Verhaftung der Wanderlehrer eine begriffliche Unruhe im Deutschtum Pommerellens bemerkbar gemacht.

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am Freitag, dem 8. März, Armin Drosch-Bromberg einer der Angeklagten aus dem Kessauer Prozeß, der zu Weihnachten 1937 aus dem Kessauer Gefängnis entlassen worden war, erneut verhaftet.

Wie verlautet, lag ein Haftbefehl der Königer Staatsanwaltschaft vor. Die Gründe für die Verhaftung sind unbekannt. Armin Drosch befindet sich gegenwärtig im Dirschauer Gefängnis.

Armin Drosch wieder verhaftet!

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am Freitag, dem 8. März, Armin Drosch-Bromberg einer der Angeklagten aus dem Kessauer Prozeß, der zu Weihnachten 1937 aus dem Kessauer Gefängnis entlassen worden war, erneut verhaftet.

Ein Urteil gegen den Deutschen Volksbund.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Deutschen Volksbundes, Dr. c. h. Ullrich und der Referent der Rechtsabteilung des Volksbundes Janischewski sind vom Kattowitzer Amtsgericht zu 2 bzw. 4 Wochen Haft und 100 bzw. 150 Zloty Geldstrafe verurteilt worden.

„Letzte Runde in Spanien“.

Mit angespannter Aufmerksamkeit blickt England nach Spanien. Die Londoner „Times“ veröffentlichen den Bericht eines Sonderkorrespondenten aus Hendaye, der die Überschrift trägt: „Die letzte Runde in Spanien“.

Die Noten im Alcubierre-Gebirge eingekesselt

Die große Angriffsaktion General Francos entwickelt sich in erstaunlichem Tempo zu dem eindrucksvollsten strategischen Erfolg des bisherigen Kriegsverlaufs.

Auf allen Teilen des jetzt 200 Kilometer breiten Abschnitts sind — mit verschiedener Stoßrichtung — neue Angriffe durchgeführt worden. In der Nacht auf Mittwoch über den Ebro gegangenen und die Truppen der südlichen Quezaca-Front konnten westlich von Sarinena die Verbindung miteinander herstellen, wodurch das gesamte Alcubierre-Gebirge mit seinen wichtigen sowjetischen Stellungen eingekesselt worden ist.

Auch im südlichen Aragon konnte südlich von Alcaniz der Vormarsch überraschend fortgesetzt werden. Hier stießen die nationalen Truppen im Abschnitt Alcorisa bis über den Oberlauf des Guadalupe-Flusses in Richtung auf die Hauptstraße Alcaniz—Valencia vor und eroberten das Städtchen Castellote.

Französisches Komplott gegen Chamberlain? Blums und Paul Boncours Interventionsplan zugunsten Barcelonas.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Paris: Eine längere Schilderung, wie die französische Regierung an einer Intervention in Spanien verhindert worden sei, veröffentlicht die oppositionell eingestellte Wochenschrift „Cyrano“, der man die Verantwortung für die Richtigkeit allerdings überlassen muß.

Es sei allgemein bekannt, so schreibt die Wochenschrift, daß Negrih sowie der Vertreter Barcelonas und der sowjetische Botschafter von Blum und Paul Boncour Versprechungen einer sofortigen Intervention in Spanien erhalten hätten. Am Montag, dem 14. März, sei alles bereit gewesen.

Drei Divisionen der französischen Armee sollten die Pyrenäen überschreiten.

Das Fliegerregiment von Toulouse habe Befehl erhalten, zum Start nach Barcelona bereit zu sein. Die Intervention sei nicht erfolgt, weil der Generalstab sich mit aller Kraft widersetzt habe.

klärt, daß mehrere Generale entschlossen seien, im Falle einer Intervention in Spanien zurückzutreten und ihre Gründe in einem zu veröffentlichenden Brief darzulegen.

Das Londoner Kabinett habe den französischen Ministerpräsidenten wissen lassen, daß es sich einer Intervention in Spanien nicht anschließen würde, und daß eine Entsendung französischer Truppen nach Barcelona den Bruch der französisch-englischen Solidarität bedeuten würde.

Paul Boncour habe in verschiedenen Unterredungen mit dem Sowjetbotschafter die Frage geprüft, wie der englische Widerstand besiegt werden könnte.

Daß man das Kabinett Chamberlain stürzen müsse.

Hierauf sei ein Komplott geschmiedet worden, um Chamberlain zum Rücktritt zu zwingen. Am Duai d'Orsay sei von Comert ein Feldzug von falschen Nachrichten und alarmierenden Gerüchten in die Wege geleitet worden.

Der Fluß, der sich selbst bergauf pumpt Ein eigenartiges Projekt in den Rocky Mountains

Im Staate Colorado (USA) wird noch in diesem Frühjahr mit dem Bau einer großen Bewässerungsanlage begonnen, bei der sich der kuriose Fall ergibt, daß sich ein Fluß, nämlich der Colorado-Fluß, selbst bergaufpumpt.

Seit 1925 haben die Farmer im Staate Colorado allen Grund, mit der Wetterlage unzufrieden zu sein. Die Niederschläge sind aus vielerlei Gründen erheblich geringer geworden.

Katastrophale Missernten und schlechte Ergebnisse der Viehzucht sind die Folge. Man hat errechnet, daß den Farmern auf diese Weise volle fünf Millionen Dollar Verluste entstanden sind.

Über wie kann hier geholfen werden? Für eine künstliche Beregnung ist das Gebiet viel zu groß und für eine Verinselung fehlt das Wasser!

Lange, ergebnislose Konferenzen der verschiedenen, mit dem Entwurf von Plänen beauftragten Fachleute fanden statt. Woher das erforderliche Wasser auf wirtschaftliche Weise hernehmen? Schließlich dürfen doch die Kosten der Veranberforderung des Wassers nicht den zu erwartenden Nutzen übersteigen.

72 Millionen Kilowattstunden Energiegewinnung.

„Warum nicht den Colorado-Fluß heranleiten?“ fragt ein junger Ingenieur im Scherz. Den Colorado-Fluß? Ganz in der Nähe rauscht er mit gewaltigen Wassermengen zu Tal, aber eine hohe Bergkette der Rocky Mountains liegt zwischen ihm und dem ausgedörrten Acker- und Wiesenland!

Im Scherz ist das Wort „Colorado-Fluß“ in die Debatte geworfen worden. Im Ernst nimmt man es auf. Hat man nicht schon ganz andere Berge bezwungen, als es galt, für Eisenbahnstrecken einen Weg zu suchen?

Wir werden den Colorado-Fluß über die Rocky Mountains heben! Das ist das Signal für die Ausarbeitung neuer Pläne. Ein guter Vorschlag kommt zum anderen und als die Konferenz nach einigen Monaten wieder zusammentritt, kann ein Projekt vorgelegt werden, in dem das Problem glänzend gelöst ist.

Flußwasser hebt sich 40 Meter steil in die Höhe.

Die Ausführung des Plans, dem keinerlei nennenswerte technische Schwierigkeiten entgegenstehen, wird fünf Jahre in Anspruch nehmen. Die erforderlichen Einwilligungen sind erteilt, die Finanzierung ist gesichert.

Zunächst errichtet man einen großen Wasserbehälter am Blauen-Fluß, dessen Wasser einmal die bisher vom Colorado-Fluß versorgten Gebiete speisen soll.

Danach geht man dem Colorado-Fluß zu Leibe. Bei der Stadt Granby wird quer in das Flussbett ein Staudamm gestellt, der eine Länge von 240 Metern und eine Höhe von 70 Metern haben wird.

Das aufgestaute Wasser wird von hier aus durch ein großes elektrisches Pumpwerk und mit Hilfe ungeheurer Röhren 40 Meter hochgehoben und ergießt sich in einen gemauerten Kanal von 8 Kilometern Länge, der langsam zu einem zweiten großen Wasserbehälter abfällt.

Ein Tunnel quer durch den Berg.

Dieser Tunnel wird einen Durchmesser von drei Metern haben und eine Länge von 20 Kilometern. Er stellt bei dem heutigen Stand der Technik durchaus keine ungewöhnliche Leistung dar.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strenge Pünktlichkeit anempfohlen.

Bydgoszcz, Bromberg, 28. März.

Veränderlich.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet veränderliche Bewölkung bei milderem Temperaturschwung.

Sitzung des Grund- und Hausbesitzer-Vereins.

Am Freitag fand im großen Saal des Civil-Kasinos eine Mitgliederversammlung des Grund- und Hausbesitzer-Vereins statt, die sich mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung, eines außerordentlich starken Besuchs erfreute. Kurz nach 8 Uhr wurde die Sitzung von dem Vorsitzenden Ing. Schulz eröffnet, der in seiner Begrüßungsansprache die Freude Ausdruck gab, daß der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzer-Vereins in Graudenz, Herr Grams, der Einladung Folge geleistet und zu der Sitzung erschienen war. Architekt Biernacki hielt sodann einen interessanten Vortrag über die neue polnische Bauverordnung unter besonderer Berücksichtigung der für unsere Stadt in Frage kommenden Bestimmungen. Das bereits am 10. November 1928 erlassene neue polnische Baugesetz trat erst am 5. d. M. in Kraft. Die dazwischen liegenden Jahre waren als Übergangszeit gedacht. Das neue Baugesetz verfolgt den Zweck, in Zukunft den Bauten eine praktischere und schönere Gestaltung zu geben. Bemerkenswert in dem neuen Baugesetz ist die Bestimmung, wonach in elf Städten in Polen, darunter auch Bromberg, in Zukunft den Architekten die Erlaubnis zur Anfertigung von Bauplänen entzogen wird. Baupläne dürfen von jetzt ab nur Bauplaningenieure ausführen. Von Wichtigkeit für die Hausbesitzer ist auch der Hinweis des Vortragenden darauf, daß an Kellertreppen unbedingt Geländer anzubringen sind, wenn sich die Hausbesitzer vor evtl. Schadenersatzansprüchen im Falle von Unfällen durch Ausgleiten oder Herunterstürzen von der Kellertreppe, schützen wollen.

Viel Kopfzerbrechen bereitete den Anwesenden der dritte Punkt der Tagesordnung, und zwar die Entrümpelung der Bodenräume. Die Meinungen, was eigentlich unter der „Entrümpelung der Böden“ zu verstehen ist, bzw. welche Gegenstände entfernt werden sollen, sind sehr verschieden. Darüber mußte von Seiten der kompetenten Stellen eine endgültige und klare Aufklärung erfolgen, zumal auch die Ansichten der Blockkommandanten darüber auseinandergehen. So wird z. B. verlangt, daß auch die Bodenkammern, wie Bretterverschläge usw. entfernt werden sollen. Leider war der vom Vorstand zu der Sitzung geladene Herr vom Luftschutzkommando, der über diese Frage nähere Auskunft hätte geben können, nicht erschienen. Der Vorsitzende teilte den Versammelten mit, daß nach seiner persönlichen Rücksprache mit den maßgebenden Stellen eine Entfernung der Bodenräume nicht in Frage käme, da hierzu keine gesetzlichen Unterlagen vorliegen. Die Entrümpelung der Bodenräume kann nur so verstanden werden, daß alle leicht brennbaren Materialien zu entfernen sind. Da aber über diese Frage noch keine völlige Klarheit herrscht und um sich vor Strafe zu schützen, empfiehlt der Vorsitzende trotzdem die Entfernung möglichst sämtlicher Gegenstände, also auch Möbel und anderen Hausgeräten, wenn dieses auch für manche eine gewisse Härte bedeuten mag.

Nach Erschöpfung dieses Punktes der Tagesordnung hielt Magister Weiß ein kurzes Referat über das neue Moratorium für städtische Hypotheken. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Ein Nachmittag bei der Gymnastik-Gruppe Ruth Mohr.

Die Gymnastik-Gruppe Ruth Mohr hatte für Sonntag nachmittag wieder einmal alle Freunde moderner Leibesübungen eingeladen. Diesmal standen die Darbietungen dieser Gruppe unter der Devise „Treibe Gymnastik, somit dienst du deiner Gesundheit!“. Es war ein vielseitiges Programm, das die Gruppe im großen Saal des Restaurants Kleimert einer großen Zuschauerschar bot. Dieses Programm bewies die Vielseitigkeit der gymnastischen Schulung, die diese Gruppe ihren Teilnehmern vermittelt. Es war gleichzeitig so gestaltet, daß der Zuschauer einen Einblick in die Bestrebungen und Methoden moderner Körperschulung erhält, bei denen jede Bewegung, auch wenn sie nur als Spiel oder Spielerei gewertet wird, einen körperbildenden Zweck erfüllt. Die vielseitigen Schulübungen, wie wir sie am Sonntag in der Lauf- und Bewegungsschule, in der Sprunggymnastik und dann in rhythmischen Übungen mit den Handgeräten gesehen haben und schließlich der Tanz, der gleichfalls in diesem Aufbau eine Form der Gymnastik ist, waren ein interessanter Querschnitt durch die Arbeit moderner Körperschulung. Wie diese moderne Körperschulung heute aufgebaut wird, sah man am klarsten bei den elementaren Übungen der Kinder, denen das Spiel unbewußt zur Körperschulung wird. Die Darbietungen der Gruppe fanden einen ungeteilten Beifall. In dem Pianisten M. Preuß hat sich die Gymnastik-Gruppe einen wertvollen Helfer für ihre rhythmischen Übungen gesichert.

§ Bezirksversammlung der Arbeitgeber der „Belage“. Die am Sonnabend von der Belage einberufene Bezirksversammlung der Arbeitgeber der Belage der Kreise Schwibitz und Bromberg, die im großen Saal des Zivilkasinos stattfand, erfreute sich eines sehr starken Besuchs. Die Tagesordnung der Sitzung, die vom Vorsitzenden Rittmeister a. D. Falkenthal mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet wurde, enthielt drei Punkte. Rechte und Pflichten aus dem neuen Tarifvertrag, Alters- und Invalidenversicherung sowie Sozialversicherung. Über die ersten beiden Punkte referierte Herr Friederich, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für die deutsche Landwirtschaft in Polen. Geschäftsführer Nyk von der Geschäftsstelle Bromberg sprach über das Sozialversicherungswesen. Der Redner wies darauf hin, daß der neue Tarifvertrag für das Dienstjahr 1938/39, der wie bisher aus 7 Teilen besteht, diesmal auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung ohne Zutun der Behörden am 19. November 1937 abgeschloffen worden ist. Es mußten hierbei allerdings einige Zugeständnisse gemacht werden, die nicht zu vermeiden waren. Löhne und Deputate rüfften verabsolgt werden, wie der Vertrag sie vorsieht. Lediglich mit Invaliden und Rentenempfängern, sowie mit nicht

normal Leistungsfähigen können individuelle Vereinbarungen abgeschlossen werden. Die einzelnen Artikel des Vertrages wurden dann von dem Referenten genau erläutert.

§ Der bienenwirtschaftliche Verein hielt am 20. d. M. in der Johannisschule bei zahlreichem Besuch seine Monatsversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls berichtete der Präses über die am 20. Februar d. J. in Posen abgehaltene Generalversammlung des Hauptverbandes; sodann referierte er über Frühjahrsarbeiten auf dem Bienenstand. Bienenzucker wird erst im zeitigen Herbst bestellt; sodann erhielten die Herren Borkowski und Kosmider Diplome als Anerkennung für unentgeltlich geleistete Arbeiten bei Herstellung einer Bienenfähe.

§ Selbstmord aus Not. Am Sonnabend vormittag ereignete sich in Bromberg ein jener tristen Tragödien, die ein Beweis für die in manchen Kreisen herrschender furchtbare Not ist. Der 43jährige Arbeiter Franz Lenz, Torunsko (Thornstraße) 75, schickte seine Kinder, während sich die Frau zum Wochenmarkt begab, auf die Straße zum Spielen. Als die Kinder nach einer Zeit in die Wohnung zurückkehren wollten, fanden sie die Wohnungstür verschlossen. Sie mußten warten, bis die Mutter vom Wochenmarkt heimkehrte. Aber auch sie konnte die Tür nicht öffnen. In der Voraussetzung, daß sich etwas Furchtbares ereignet hat, rief die Frau Nachbarklienten zu Hilfe. Als man die Tür gewaltsam geöffnet hatte, bot sich den Eintretenden ein entsetzliches Bild. Lenz lag auf dem Beist in einer Blutlache. Er hatte sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Der sofort herbeigerufene Wagen der Rettungsbereitschaft brachte den Unglücklichen in das Städtische Krankenhaus. Es besteht jedoch kaum eine Hoffnung, daß Lenz am Leben erhalten werden kann. Die Ursache dieser furchtbaren Tat ist auf eine jahrelange Not der Familie zurückzuführen. L. bemühte sich seit langer Zeit vergeblich, Arbeit zu finden. Die schlechte Ernährung hatte Krankheiten in der Familie zur Folge, die den bescheidenen Familienverdienst wahrscheinlich zu dieser Verzweiflungstat getrieben haben. L. hinterläßt eine Frau und fünf unverjögte Kinder im Alter von 2 bis 13 Jahren.

§ Austausch der Kontrollkarten für die mechanischen Fahrzeuge. Von der Stadterwaltung werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Besitzer mechanischer Fahrzeuge, deren Standort sich auf dem Gebiet der Stadt Bromberg befindet, bis zum 31. März d. J. den Umtausch der Kontrollkarten für das Budgetjahr 1938/39 durchzuführen haben müssen. Der Umtausch hat im Gebäude Grodzka (Burgstraße) 25, Zimmer 10, zu erfolgen. Dabei müssen der Registrierausweis und die bisherige Kontrollkarte vorgelegt werden. Die Gebühren für den staatlichen Wegebaufonds für die Zeit vom 1. April 1938 wie auch die Rückstände müssen nach Erhalt der Kontrollkarte auf das Konto P&D 182 800 Urząd Wojewódzki Pomorski gezahlt werden. Alle Rückstände aus den früheren Budgetabschnitten müssen jedoch bis zum 1. April 1938 auf das Konto P&D 183 500 Urząd Wojewódzki Poznański erfolgen. Zahler, die die Gebühren für das ganze Jahr sofort entrichten, genießen einen 10prozentigen Nachlaß von der Jahressumme. In solchem Falle muß spätestens bis zum 1. April die gesamte Jahresgebühr nach Abzug der 10 Prozent auf das Konto P&D 182 800 erfolgen und die Bescheinigung der Einzahlung bei dem Eintauschtermin vorgelegt werden.

§ Aufgeklärter Einbruchsdiebstahl. Vor wenigen Tagen wurde bekanntlich ein Einbruch in das Offiziers-Kasino in der Gdanska (Danzigerstraße) verübt. Diebe hatten ein Fenster erbrochen und dabei einen Radio-Apparat, Spirituosen und Tabakwaren erbeutet. Die unermüßlichen Nachforschungen der Kriminalpolizei führten nunmehr zur Entdeckung der Einbrecher und Hehler, deren Namen restlos festgestellt wurden. Der größte Teil der Beute u. a. auch der Radio-Apparat, konnte den Dieben wieder abgenommen werden.

§ Eine Diebesbande unschädlich gemacht. Am Sonnabend nachmittag konnten vier Personen verhaftet werden und zwar Janina Filipińska, Władysława Włobko, Maria Stanisławska (ohne ständigen Wohnort) und Anna Kozłowska. Die vier Frauen bildeten eine Diebesbande, die systematisch die Geschäfte heimsuchte. Neben Ladendiebstahl betrieben diese vier Frauen auch Taschendiebstahl. Auf das Konto dieser Bande sind viele Diebstähle der letzten Zeit in Bromberg zu buchen. Die Verhafteten wurden in das Gerichtsgefängnis in Bromberg eingeliefert.

§ Handwagen — helles Diebesgut. Bisher unbekannte Diebe stahlen vom Hof des Hauses Smiadecki (Elisabethstraße) 29 zum Schaden des dort wohnhaften Franz Josef Drojzer einen zweirädrigen Handwagen und flüchtete unbemerkt.

§ Ein Fahrrad unterschlagen hatte der 25jährige, in Schulitz wohnhafte Arbeiter Wacław Swierczynski. S. hatte sich von dem Arbeiter Antoni Pichowial ein Fahrrad geliehen, das er später für 45 Zloty verkaufte. S. hatte sich jetzt deswegen vor dem Bürgergericht zu verantworten. Der Angeklagte, der sich zur Schuld bekennt, wurde vom Gericht zu drei Monaten Arrest verurteilt.

§ Ihren Arbeitgeber bestohlen hatten der 31jährige Fleischergeselle Walenty Piotrowski und der 21jährige Fleischlerlehrling Zygmunt Richter. Die beiden waren bei dem Fleischmeister Wacław Chudy beschäftigt und hatten sich systematisch Wurst- und Fleischwaren angeeignet. Das Bürgergericht, vor dem sie sich jetzt zu verantworten hatten, verurteilte die beiden Angeklagten, die sich zur Schuld bekennen, zu je sechs Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafausschub.

§ Einen Beitrag von 30 Zloty entwendet hatte aus der Ladenkasse des Kolonialwarengeschäfts von Ernst Ziemke in Sopotengarten (Brzoza) die 17jährige Irene Hagensee. Die S. hatte sich wegen dieses Diebstahls vor Gericht zu verantworten. Das Gericht verurteilte die Angeklagte, die bereits zwei Mal vorbestraft ist, zu drei Monaten Arrest.

§ Wegen systematischen Diebstahls hatte sich vor dem hiesigen Bürgergericht der 33jährige Arbeiter Bernhard Tafliński zu verantworten. Der Hehler mitangeklagt ist der Arbeiter Franciszek Tutlewski. Tafliński war in den Mühlenwerken Przechomo beschäftigt und hatte systematisch Mehl, Schrot und Gemenge entwendet. Die Beute nahm ihm Tutlewski ab. Das Gericht verurteilte den Tafliński zu sechs Monaten Gefängnis, den Tutlewski zu 100 Zloty Geldstrafe und zu einem Monat Arrest.

§ Wegen Diebstahls hatte sich vor dem hiesigen Bürgergericht das 34jährige Dienstmädchen Franciszka Katarzyna zu verantworten. Die Angeklagte war vor einigen Tagen aus Thorn nach Bromberg gekommen und hatte hier in dem Frauenasyl übernachtet. Am nächsten Morgen bemerkte die sich dort gleichfalls aufhaltende Präfeseda Ernesta, daß ihr vier Zeugnisse und ein Meldeschein verschwunden waren. Der Verdacht lenkte sich sofort auf die Katarzyna, da diese

gleich am nächsten Tag das Asyl verlassen hatte. Die E. erstattete sofort der Polizei Anzeige, die die K. auf dem hiesigen Bahnhof festnahm. Es stellte sich heraus, daß die K. bereits vier Mal vorbestraft war, in Thorn unter Polizeiaufsicht stand und von dort nach Bromberg geflohen war. Die Zeugnisse und den Meldeschein, die sie der E. stahl, wollte sie dazu benutzen, um sich unter falschem Namen auszugeben. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis.

§ Wegen Dokumentenfälschung hatte sich der in Labischin wohnhafte 50jährige Arbeiter Jan Banaszak vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte hatte eine Frau Bronislawa Jurek dazu bewogen, als Mitglied einem privaten Invalidenverband beizutreten, wobei er ihr eine Mitgliedskarte besorgte, für die er sich 35 Zloty bezahlen ließ. Es stellte sich jedoch heraus, daß B. für diesen Zweck eine alte Mitgliedskarte gefälscht hatte. Der Angeklagte bekennt sich vor Gericht nur zu der Fälschung der Mitgliedskarte, bestritt dagegen, von der F. Geld hierfür gefordert zu haben. B. wurde zu 7 Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafausschub verurteilt.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Montag, den 28., um 20¹⁵ Uhr, im Zivilkasino, Klavierkonzert Edith Pich-Grasfeld. Im Programm: Beethoven: Waldsteinsonate; Schumann: Karneval; Chopin: Sonate b-moll, op. 35 und anderes. 2082

Warum nur?

Das bereits über 50 Jahre bestehende Gasthaus Bielle in Dobry Kreis Bromberg, ist durch den Tod des Besitzers im Pacht an Herrn Willy Mönch übergegangen. Dem Pächter wurde der Konsum zum Verkauf von alkoholischen Getränken nicht mehr erteilt, ebenso wurde ihm die Erlaubnis zum Verkauf von Tabakwaren entzogen.

§ Sopotengarten (Brzoza), 27. März. Dem Altstiber August Wollschlager aus Panoniewo stahlen Diebe in einer der letzten Nächte die letzten drei Hühner. Ferner erbrachen Diebe bei dem Pächter Smarz in Walownica den Geflügelstall; sie wurden jedoch verfolgt und konnten nur drei Hühner mitnehmen.

§ Znowroclaw, 25. März. Vor zwei Spenden-sammlern, die bei Kaufleuten angeblich zum Kampf gegen die Juden Beiträge zu erhalten versuchten, wird gewarnt, da die Gauner einzig und allein nur in die eigene Tasche sammeln.

Als der Hausbesitzer M. Dabrowski in der Pakoscherstraße gegen 10 Uhr abends eine verdächtige Person bemerkte, die durch das Fenster in die Küche stieg, ging er nach, wo er einen jungen Kerl antraf. Der überraschte Einbrecher wollte die Flucht ergreifen, wurde aber mit Hilfe einiger Einwohner festgenommen und der Polizei übergeben.

In Guldendorf (Zlotniki-Kul.) entfernte sich am Montag, dem 21. d. M., früh 7.20 Uhr, das 11jährige Mädchen des Dr. Ziolkowski aus Znowroclaw, um ihre hier ul. Walowa 43 wohnenden Eltern zu besuchen. Das Kind ist aber bis jetzt hier nicht eingetroffen. Wer über den Verbleib des Mädchens etwas weiß, wolle hiervon der Polizei Mitteilung machen.

§ Znowroclaw, 26. März. Wieder machte ein Falschspieler auf dem letzten Wochenmarkt gute Geschäfte, indem er einem Antscher aus Rabin in ganz kurzer Zeit 30 Zloty abgaunerte.

Die kleinen haufälligen Häuser am Platz Klasztorny wurden auf Anordnung der Baupolizei niedergedrückt, so daß jetzt die ganze Platzgegend einen weit besseren Eindruck gewonnen hat.

Der Bienenzüchterverein Nowawies und Umgegend hielt seine Jahresversammlung im Gasthause ab. Vorsitzender Landwirt Sauer hielt einen Vortrag, der mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde und eine anregende Aussprache anließte.

Als der Arbeiter Bronislawa Zieliński in Szabolwies mit seinem Pferde, auf dem er ritt, die Chaussee überqueren wollte, wurde er von einem Kraftwagen angefahren, vom Pferd herabgeschleudert und weit mitgeschleift. Schwer verletzt und in hoffnungslosem Zustand brachte man ihn ins hiesige Krankenhaus.

§ Posen (Poznan), 26. März. Der Preis für ein Zweipfund-Bratentrost ist vom kommissarischen Stadtpräsidenten Ruge mit dem heutigen Tage von 32 Groschen auf 30 Groschen herabgesetzt worden.

Die zweijährige Barbara Hajerowicz war in der elterlichen Wohnung an eine mit Tod gefüllte Flasche geraten und trank daraus. Lebensgefahr besteht jedoch nicht.

§ Pakosch (Pakosch), 26. März. In einer der letzten Nächte erbrachen Diebe den Schweinestall des Besitzers Herbert Winkler in Wielowiec, schlachteten ein drei Zentner schweres Schwein und verschwanden mit der Beute in unbekannter Richtung.

— Wollstein (Wollstyn), 25. März. Schuleinschreibungen! Die Stadtverwaltung gibt bekannt, daß Schuleinschreibungen für das Schuljahr 1938/39 im Schulbezirk der öffentlichen Schule in Wollstein in der Zeit vom 28.—30. März stattfinden. — Aus der Meldung ist nicht ersichtlich, ob dieser Termin auch für alle übrigen Schulen im Kreis Wollstein verbindlich ist. Wer ein Kind anzumelden hat, tut gut, sich sofort beim Leiter der zuständigen Staatschule nach dem Einschreibetermin zu erkundigen.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 28. März 1938.

Kraau — 2,19 (— 2,30), Zawichost + 2,02 (+ 2,13), Warchau + 1,77 (+ 1,86), Błoc + 1,74 (+ 1,78), Thorn + 2,13 (+ 2,18), Jordan + 2,12 (+ 2,18), Culm + 2,02 (+ 2,06), Graudenz + 2,21 (+ 2,24), Kurzebrad + 2,37 (+ 2,41), Biedel + 1,88 (+ 1,89), Dirschau + 1,99 (+ 1,99), Einlage + 2,78 (+ 2,68), Schiewenhorst + 2,94 (+ 2,80). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land u. s. den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hept; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Praggodak; Druck und Verlagsort von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Pommerellen.

28. März.

Der Zuständigkeitsbereich des Appellationsgerichts Thorn.

Wie wir bereits berichtet haben, ist durch Senatsbeschluss vom 28. März d. J. die Frage der Bildung des Appellationsgerichts in Thorn endgültig entschieden worden.

In der nächsten Zeit wird in Thorn mit dem Bau eines Gebäudes für das Appellationsgericht begonnen werden.

Frühjahr-saathilfe für Pommerellen

Der Landwirtschaftsminister hat der Wojewodschaft Pommerellen einen Kredit zur Beschaffung von Frühjahrssaatgut in Höhe von 110 000 Zloty in Form von unverzinslichen Darlehen zuerkannt.

Ferner sind der Wojewodschaft Pommerellen ein erleichterter Kredit zum Ankauf von Saatgut und Futtermitteln im Betrag von 300 000 Zloty gewährt worden.

Graudenz (Grudziadz).

Zurückverlegung der 1. Kommissariats der Staatspolizei. Am Montag erfolgte die Zurückverlegung des 1. Polizeikommissariats von der Mühlenstraße (Młynska), wohin es vor einigen Monaten umgezogen war, nach dem Haus Kirchenstraße (Kościelna) 13.

Ungetreuer Postagentur-Verwalter. Unter der Anklage der Unterschlagung stand vor dem hiesigen Bezirksgericht der frühere Verwalter der Postagentur in Pianno (Lutano), Kr. Schwab, Jan Sik.

Sehr aufgeregt und ungebärdig benahm sich vor einiger Zeit Stefan Olszewski im hiesigen Rathaus. Er kam dorthin, um den Abteilungsleiter Zielinski zu sprechen.

„Ihr Leibhufar“ nennt sich der zur Zeit im Kino „Grün“ laufende deutschsprachige Tonfilm.

Eine Zweigstelle des Thorer Senders in Graudenz. Von hiesigen polnischen Gesangsvereinen wurde vor einiger Zeit an die Direktion des Thorer Senders die Bitte gerichtet, in unserer Stadt eine Unterradiostation einzurichten.

Ein erheblicher Unfall stieß dem Malermeister Ludwig Müller, Schützenstraße (Marja. Jocha) 16, zu. Auf einer Radfahrt von seiner Wohnung zu einer Arbeitsstelle kamen in der Rehdenerstraße (Gen. Hallera) hinter ihm zwei Autos.

Der Sonnabend-Wochenmarkt wies eine gute Zufuhr auf. Der Verkehr war recht lebhaft, der Verkauf jedoch hätte noch besser sein können.

Thorn (Toruń).

Der Wasserstand der Weichsel betrug Sonnabend früh an der Thorer Pegelstation fast unverändert 2,18 Meter über Normal.

Die Handwerkskammer in Thorn hat zum Vorsitzenden der Prüfungskommission für die Uhrmachergesellen Tomasz Pafil von hier, ul. Mickiewicza (Mellienstraße) Nr. 86, ernannt.

Der Copernicus-Verein hatte am Mittwoch, dem 28. März d. J., zu einem Vortrag des Professors La Baume-Danzig ins Deutsche Heim eingeladen.

Schrebergärten für die schulentlassene Jugend. Dank der Initiative des Pommereller Vereins der Schrebergartenbesitzer und des Arbeitsfundus sind augenblicklich

im Botanischen Garten auf der Bromberger Vorstadt und zwar in dem an die Fischerei angrenzenden Teil Schrebergärten für arbeitslose und teilweise beschäftigte Jugendliche im Entstehen begriffen.

Dirschau (Tczew)

de Vier Zentner Hefe über die Grenze bei Hohenstein, Freistaat Danzig, schmuggelte der Berufsschmuggler Antoni Zaremba aus Long-Konik.

Gulmsee (Chelmza), 26. März. Die Stadtverwaltung Gulmsee (Bauabteilung) hat eine öffentliche Ausschreibung für die Lieferung einer unbegrenzten Menge von Pflastersteinen erster Klasse sowie von Weichselkies erlassen.

Br Gdingen (Gdynia), 26. März. Sie begaunern sich gegenseitig. Ein Dampfer traf in dem Gdingener Hafen mit einer Ladung von 32 000 Kisten Apfelsinen aus Palästina ein.

Die Schuhmacher Konstantin und Josef Gryzinski hatten ihre Baracke, in der sie eine Werkstätte eingerichtet hatten, gegen Brandschaden mit 4700 Zloty versichert.

Tuchel (Tuchola), 25. März. Der deutsche Frauenverein hielt eine stark besuchte Generalversammlung ab.

Graudenz.

Zu Ostern ein Buch!

Das Jugendbuch. Das neue Buch. Das gute billige Buch.

Arnold Kriedte Grudziadz, ul. Mickiewicza 10.



Deutsche Bühne Grudziadz

Sonntag, 3. April 1938 um 15.30 Uhr: Zum ersten Male! Im Rebeloch rumort's. Ein Quittspiel v. Bomhof

Thorn.

Berein der Kunstfreunde z. z. Dienstag, 29. März, 20 Uhr, im Deutsch. Heim:

Klaviertkonzert Edith Picht-Axenfeld

Beethoven - Schumann - Chopin. Eintrittskarten von 2 1.00 bis 2.00. Schülerkarten 2 0.50 bei Julius Wallis, Ruf 1469. 2725

Teppiche und Säuer

W. Grunert, Toruń, Szerefa 32, Tel. 1990 2478

Blumen-geschäft

Frieda Haedele, Grudziadz, 36a, Wychyckiego 37.

Schirmen-Reparatur und Bezüge 1688

Moszczego 1.

ZUM OSTERKUCHEN. Backin' Backöle, Vanillin-Zucker von OETKER. Veclangen Sie OETKER Osterprospekt

Das unübertroffene Backbuch „Backen macht Freude“ der Firma Dr. A. Oetker ist in allen Kolonialwarengeschäften und Buchhandlungen erhältlich.

Die Königsberger Führer-Rede.

Adolf Hitler beginnt seine Werbefahrt für die Großdeutsche Volksabstimmung in Ostpreußen.

Am Freitag, dem 25. März, hat der Führer des Großdeutschen Reiches seine Werbefahrt für das von ihm am 10. April geforderte Bekenntnis im Nordosten seines Landes, in der ostpreussischen Hauptstadt Königsberg begonnen. Im neugewonnenen Südosten wird die Triumpfhöhe mit einem letzten Appell enden. Inzwischen wird das Flugzeug den Führer in alle Himmelsrichtungen Großdeutschlands tragen. Am Sonnabend Leipzig, am Montag Berlin, am Mittwoch Köln am Rhein, zuletzt Graz und Wien!

Den wesentlichen Teil der Königsberger Rede geben wir nachstehend im Wortlaut wieder. Diese Rede ist eine der gewaltigsten, die je in deutscher Sprache gehalten wurden. Es gehört zu dem Geheimnis dieser begnadeten Persönlichkeit, daß sie sich in ihren Leistungen und ihren Worten, deren Zeugen und Hörer die Welt und das deutsche Volk nun schon seit Jahren gewesen ist, immer noch selbst zu übersteigern vermag.

Adolf Hitler führte in seiner Königsberger Rede u. a. folgendes aus:

Lieber Not leiden

als das Volkstum verlassen.

Wir kennen heute ein Gemeinschaftsgefühl, das weit stärker ist als dies politische oder wirtschaftliche Interessen je begründen können. Es ist das Gefühl einer Gemeinschaft, die blutsmäßig bedingt ist. Der Mensch kann und will sich heute nicht mehr entfernen von seinem Volkstum, er hängt mit zäher Liebe an ihm. Selbst schwerste Not nimmt er lieber in Kauf, er trägt Leid, aber er will bei seinem Volke sein! (Stürmische Rundgebungen der Zustimmung und Ergriffenheit.)

Millionen Menschen sind bereit, wirtschaftliche Entbehrungen auf sich zu nehmen in dem Bewußtsein, daß sie diese Entbehrungen im Kreis des eigenen Volkstums erdulden. Ja, es gibt Millionen, die würden nicht bereit sein, ihr Volkstum zu verlassen, selbst wenn man ihnen dafür wirtschaftliche Güter in jedem Ausmaß verschaffen wollte. Sie verzichten darauf! Sie leiden lieber jede Not und jedes Elend gemeinsam mit ihrem Volkstum. (Erneute gewaltige Rundgebungen.)

Es gibt nichts, was sie so sehr über Nutzen und Gewinn erheben könnte, als diese edelste Empfindung und Gesinnung.

Blut bindet fester als Geschäfte!

(Zosender, lang anhaltender Beifall.) Wenn aber ein Volk außerdem noch von wirtschaftlicher Not gequält wird und nebenan die Blüte des eigenen Volkstums in einem großen Reich sieht und miterlebt, dann soll sich niemand wundern, wenn die sehnsüchtigen Blicke über die Grenze immer stärker werden und der Wunsch immer größer wird, eines Tages sich mit dem großen arbeitsfähigen Volk zu vereinen! (Branlende Heilrufe donnern durch die riesige Halle.)

Der stärkste Ausdruck dieses Wunsches wurde in der nationalsozialistischen Bewegung, in der nationalsozialistischen Idee gefunden! Diese nationalsozialistische Idee geht weit über die Grenzen eines kleinen Deutschlands hinaus. Gewiß, wir wollen keine Proskolyten in fremden Völkern machen. Aber niemand kann verhindern, daß die nationalsozialistische Lehre politisches Glaubensbekenntnis aller Deutschen wird! (Minutenlang inebrender Beifall der Massen.)

Je trauriger das Leben sich nun für Menschen in einem so abgelegenen und verlassenem Teil unseres Volkstums auswirkt, je trauriger die Wirklichkeit ist, um so größer wird die Verbundenheit sein mit einer Lehre, die wenigstens die geistige Gemeinschaft herstellt. Es ist kein Wunder, daß gerade in einem solchen Gebiet dann der Glaube die fanatischsten Formen annimmt. Je mehr die Wirklichkeit diese Menschen quält und peinet, um so größer wird die Sehnsucht nach irgendeiner Beziehung, und wenn sie eben nur in der Gemeinschaft einer Idee liegt. Wir haben das schon einmal in unserer Geschichte erlebt.

Das geschichtliche Vorbild der Salzburger.

Es war in der Zeit, da die Gegenreformation über Österreich zu wirken begann, die Zeit, in der damals so viele Hunderttausende Menschen lieber den Scheiterhaufen bestiegen oder die Heimat verließen, als sich von ihrem Bekenntnis, das sie nun für richtig befanden und angenommen hatten, zu trennen. (Stürmische Zustimmungsrundgebungen.)

Und es ist in unserer Zeit nicht anders gewesen. Je größer die Not unseres Volkes wurde, je mehr die Unterdrückungen zunahmen, um so mehr klammernten sich die Menschen dann an jene Idee, die sie wenigstens innerlich frei machen konnte: an die nationalsozialistische! (Zosende Zustimmungsrundgebungen.) Sie alle hatten die Empfindung, daß es etwas gibt, das sich über die ganze traurige jahrhundertelange Vergangenheit erhebt und weit darüber hinausragt, das nicht belastet ist mit der Tradition der Zerrissenheit, sondern das in sich birgt

ein neues Bekenntnis der deutschen Gemeinschaft.

Wir alle sind glücklich in dem gemeinsamen Erleben dieser gemeinsamen Idee, ihres gemeinsamen Glaubens an eine politische Auferstehung unseres Volkes, und wir waren vor allem glücklich in der Empfindung, daß wir nun auch rein äußerlich und symbolisch ohne Ansehen der Grenzen ein Zeichen besitzen, das uns alle eint.

Es ist kein Zufall, daß dies Sakentkruz sich mit einer wunderbaren Schnelligkeit über alle deutschen Lande und über alle Grenzen hinaus verbreiten konnte, überall dort, wo Deutsche leben. Es war das Zeichen, das nicht von der Vergangenheit belastet erscheint, das daher jeder Deutsche annehmen konnte, und in dem jeder die Gewißheit hatte: Wir überwinden damit die Vergangenheit und öffnen uns den Weg zu einer großen gemeinsamen-deutschen Zukunft!

Dieses nationalsozialistische Glaubensbekenntnis aber wurde zum Quell der tiefsten Unterdrückung und größten Quälerei gerade in Deutschland.

Eine neue Gegenreformation versuchte man diesem Volk aufzuzwingen, gepaart mit einer Unterdrückung, die unerhört war. Und so wie einst Hunderttausende Deutsche

am Ende lieber ihr Land und ihre Heimat verließen, um ihrem Bekenntnis trenn bleiben zu können, so geschah es nun wieder. Zehntausende und aber Zehntausende sind aus ihrer teuren Heimat fort als Emigranten nach Deutschland gegangen, da sie nicht ablassen wollten von ihrem politischen Glaubensbekenntnis. (Gewaltige Rundgebungen der ergriffenen Massen.)

Je stärker aber der Glaube wurde, um so gemeiner wurden die Methoden der Unterdrückung, und um so fanatischer wurde erst recht der Widerstand dagegen! So erhartete sich der Glaube immer mehr. So trieb ein Keil den anderen, und es war klar, daß eines Tages der Augenblick kommen mußte, in dem dieses gequälte Volk zur Selbsthilfe schreiten würde gegen seine Peiniger, und dies um so mehr, als die Peiniger nur eine verschwindend lächerliche Minderheit im österreichischen Lande verkörperten. Wie gering sie ist, das werden die nächsten Tage zeigen!

Es blieb nur eine Frage übrig: Wann wird die Stunde schlagen!?

Ein ganzes Volk hoffte auf diese Stunde. Ich habe das unzählige Mal erlebt. Ich habe sie erlebt, als diese Menschen zu mir über die Grenze kamen und immer nur den einzigen Sehnsuchtsruf hatten: Wann werden wir endlich befreit? Wann schlägt auch für uns die Stunde der Freiheit?

Blindes Weltgewissen.

Das hätten alle diese internationalen Wahrheitsapostel sehen müssen, die heute von Gewalt lügen und die Wirklichkeit nicht sehen wollen, weil sie nicht in ihr Konzept paßt. Die Welt und das Weltgewissen hatten dafür kein Verständnis! Ich habe in diesen Tagen in einer ausländischen Zeitung die Frage gelesen, warum ich denn zur Gewalt geschritten sei? Ich hätte das doch auch „friedlich“ machen können. (Gelächter.) Die Welt sei doch bereit gewesen, uns alles zuzubilligen? Das hätte man doch durch Besprechungen und Abmachungen auch ganz normal erreichen können? Wir kennen das und haben das oft in der Praxis kennengelernt: Das Weltgewissen, die Weltgerechtigkeit, die leuchteten aus den Friedensverträgen zum ersten Mal zu uns herüber! Wann sind jemals Völker schamloser vergewaltigt worden, als seit der Zeit, da man von Weltgewissen und Weltgerechtigkeit spricht? Wann hat man jemals Wirtschaftsgebiete gewissenloser zerrissen, als seit dieser Zeit, da ein „Völkerbund“ gegründet wurde, um angeblich den Interessen der Völker zu dienen?! Ohne Barmherzigkeit, aber auch ohne Vernunft hat man deutsches Land und deutsches Volkstum zerreißt und vergewaltigen lassen. Und seitdem war man taub gegen alle Bitten und alle Vorstellungen, gegen alle Einwände, Warnungen und Ermahnungen.

Wie oft habe ich nicht vom Deutschen Reichstag aus und in hundert anderen Reden die Welt darauf aufmerksam gemacht, daß diese Dinge nicht ewig so weiter gehen können. Es würde mich nur freuen, wenn jetzt — wie ich aus dieser englischen Zeitung vielleicht entnehmen könnte — eine Sinneswandlung eintreten würde. Wir haben noch ein paar Ungerechtigkeiten zu beklagen. (Zosende Beifallsstürme brausen durch die riesige Halle.) Vielleicht wird man sie jetzt auf gültigem Wege bereinigen. (Erneut brandet der Beifall der Masse empor.) Bisher war man jedenfalls diesen Klagen gegenüber vollkommen taub.

Die Notlage in Österreich stieg aber fortgesetzt. Und es war in diesem Teil Deutschlands genau so wie in allen anderen! Die Menschen hingen erst recht an Großdeutschland sie wollten zur großen Volksgemeinschaft, sie gehören ihr blutsmäßig an und ihr Wille entspricht dem!

Und da kommt dann eines Tages die Stunde, in der man sich entscheiden muß vor seinem Gewissen, vor seinem eigenen Volk und vor einem ewigen Gott, der die Völker geschaffen hat. Und ich habe diese Entscheidung vor 14 Tagen nun getroffen, und sie konnte nicht anders lauten! (Minutenlang Beifallsstürme.) Denn wenn die Menschen taub sind gegen jedes Gebot der Gerechtigkeit, dann muß der einzelne sich das Recht selber nehmen! (Branlende Zustimmung.) Dann muß er zum alten Glaubenssatz zurückkehren: Gilt dir selbst, dann hilf dir Gott! Und Gott hat uns geholfen! (Bei jedem dieser Sätze brandet der Jubel der Massen dem Führer entgegen.)

Der letzte Versuch mit Schuschnigg.

Wie war denn die Lage in Österreich? Seit sich die nationalsozialistische Bewegung dort aufschickte, auf legalem Weg die Macht zu erobern, haben die Hüter der Demokratie die legalen Wege selbst verlassen und eine nackte tyrannische Diktatur aufgerichtet.

Der Mann, der nun Sachwalter dieser kleinen herrschenden Gruppe war, hieß Schuschnigg. (Stürmische Pfui-Rufe.) Ich habe im Laufe dieses Winters aus vielen Anzeichen gesehen, daß auf die Dauer dieser Zustand nun nicht mehr zu halten war, und daß es nur zwei Möglichkeiten gab: Entweder eine geregelte Lösung oder einen unregelmäßig revolutionären Ausbruch. Ich wollte das Letztere vermeiden und ich habe diesen Mann, der mir gegenüber überhaupt kein Mandat besaß, dieses Gebiet zu vertreten, trotzdem zu mir eingeladen. Ich habe ihn zu mir gebeten und ich habe ihm mit vollem Ernst auseinandergesetzt, was die Folge einer weiteren Aufrechterhaltung dieser Tyrannei sein müßte. Ich habe ihm gesagt: „Herr Schuschnigg, Sie unterdrücken ein Land! Sie haben kein Recht dazu! Dieses Land ist auch meine Heimat, genau so wie die Ihre! (Zosende Beifallsstürme.) Wie kommen Sie dazu, dieses Land fortgesetzt zu vergewaltigen!“

Ich bin bereit, mich mit Ihnen dem Volk zur Abstimmung zu stellen. Wir treten beide als Kandidaten an. Das Volk soll entscheiden!“

(Die Mengen erheben sich bei diesen Worten zu minutenlangen unvorstellbaren Begeisterungsstürmen.) Er meinte, das ginge nicht aus verfassungsrechtlichen Gründen. (Stürmische Heiterkeit geht durch die Versammlung.) Allein, ich ermahnte ihn, einen Weg der friedlichen Entspannung zu suchen, da im anderen Fall niemand Gewähr übernehmen könnte, daß nicht die gequälte Volksseele aufschreien würde. Und darüber konnte ich keinen Zweifel lassen: An den deutschen Grenzen wird nicht mehr gegen deutsche Volksgenossen geschossen! Ich habe ihm wirklich in

allem Ernst klarzumachen versucht, daß es der Letzte Weg ist, der vielleicht friedlich zu einer Lösung dieser Krise führen kann. Ich habe ihm keinen Zweifel gelassen, daß, wenn dieser Weg fehlschlägt, so oder so die Entwicklung weitergehen wird. Und ich hat ihn, nicht an meinem Ernst, die Hilfe des Reichs den unterdrückten Volksgenossen zur Verfügung zu stellen, zu zweifeln und nicht zu zweifeln an meiner Entschlossenheit, wenn aus einem Verlassen dieses Weges eine Krise entstehen sollte. Er hat nicht an den Ernst meiner Versicherungen geglaubt und er hat deshalb wohl auch das Abkommen gebrochen. (Stürmische Pfui-Rufe.)

Schuschnigg wollte das Ausland gegen Deutschland aufrufen.

Wir haben heute die Unterlagen dafür, wir haben die Briefe gefunden, in denen er am 19. Februar, noch einen Tag vor meiner Rede im Reichstag, schreibt, daß das Ganze von ihm nur ein rein taktischer Schachzug sein würde, dazu bestimmt, Zeit zu gewinnen, um abzuwarten, bis die außenpolitische Situation günstiger wäre. Er rechnete also damit, in einer glücklicheren Stunde

das Ausland gegen Deutschland aufrufen

zu können. (Empörte Pfui-Rufe.)

Um diesem seinem Vorhaben eine moralische Grundlage zu geben, hat dieser Mann nun jene lächerliche Abstimmungs-Komödie erfunden, die ihre schärfste Beleuchtung durch die Tatsache erfährt, daß wir jetzt Flugblätter und Plakate beschlagnahmen konnten, in denen bereits acht Tage vorher die Ziffern der Abstimmung bekanntgegeben wurden! Es war ein unerhörter Betrug in einem Lande, das seit vielen Jahren keine Wahl mehr hatte und nicht mehr abstimmen konnte. Es war klar, daß, wenn dieser neue Betrug gelingen würde, die Welt eiskalt erklärt hätte: „Jetzt ist dieses Regime legalisiert!“

Dagegen aber begann nun das deutsche Volk in Österreich, sich endlich selbst aufzubäumen. Da wendete es sich gegen seine Peiniger. Es stand auf!

Blutreichen, korrupten Personen, Sichtleidenden und Hämorroidaltranken ist ein Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser, morgens aus nüchternen Magen getrunken, oft von unermeßlichem Nutzen! Fragen Sie Ihren Arzt. 1758

„Ich ließ marschieren!“

Und nun mußte ich für dieses Volk eintreten. Da gab ich den Befehl, dem Wunsch dieses Volkes zu entsprechen. Ich ließ marschieren! (Wie ein Mann erheben sich jubelnd die Zehntausende und bereiten dem Führer unbeschreibliche Ovationen.)

Ich tat es: erstein, um der Welt zu zeigen, daß es nun bitterer Ernst ist und mich nichts zurückhalten kann, diesen Schritt zu tun. (Stürmische Beifallsrundgebungen.) Sie hatte jahrelang Gelegenheit genug gehabt, sich um diese Probleme zu kümmern. Sie tat es nicht und mußte nun wissen,

daß die Zeit jeder weiteren Expression an Deutschland vorbei ist.

Nun aber kam eine große Gefahr, und das war der zweite Grund warum ich marschieren ließ: Zu lange war Österreich unterdrückt, zu lange waren die Menschen mißhandelt worden, als daß sie nicht das Gefühl der Rache erfüllt hätte. Ich gestehe es offen, daß einem manchmal angefaßt der furchtbaren Verfolgung selbst der Gedanke kommen konnte, es würde nur recht sein, wenn das Volk an seinen Peinigern endlich Rache üben würde. Ich habe mich dann aber doch entschlossen, das zu vermeiden, denn ich sah ein: Es gibt bei unseren Gegnern Menschen, die so verkommen sind, daß sie für die deutsche Volksgemeinschaft als verloren gelten müssen; es gibt aber andererseits auch viele Verbesserte oder Besserungswürdige, die nur mitgelaufen sind. Ihnen sind vielleicht noch die Augen richtig geöffnet worden. Und vor allem: Wer kann die Gewähr dafür bieten, daß, wenn erst einmal die Rache ihren Anfang nimmt, daß private Rechnungen beglichen werden unter dem Motto einer politischen Tat?

Und vor allem: So wie ich einst meinem größten Stolz darin setzte, die Revolution in Deutschland mit einem Minimum an Opfern durchzuführen in der Überzeugung, daß der Nationalsozialistische Staat alle Güter gewinnen wird und vor seinen unverbesserlichen Feinden keine Angst zu haben braucht, so wollte ich auch hier die Wiedervereinigung nicht mit unnötigem Leid beladen und mit unnötigem Blut beflecken.

Ich weiß ganz genau, manche hätten das verdient. Sie haben viele unserer Volksgenossen, die nichts anderes taten, als ihr Land und ihr großes deutsches Volk über alles zu lieben, zum Tode verurteilt. Sie gaben ihnen nicht einmal eine ehrenvolle Angel. Man hat sie gehängt! (Entrüstete Pfui-Rufe.) Allein in Wien liegen 13 Opfer, die man an den Strang gebracht hat. Über 400 Ermordete, 2/3-tausend Erschossene sind die traurigen Opfer dieser gemeinsten, schrecklichsten und schlimmsten Unterdrückung der neueren Zeit in unserem Volk.

Aber, obwohl sie es verdienten, bin ich der Überzeugung, daß es richtig war, diesem Land den Bürgerkrieg zu ersparen. Es ist ein schönes Land. Ich wollte es nicht vernichten lassen. Mit jenen unverbesserlichen Gegnern werden wir fertig auch durch die normalen Mittel unseres Staates. Ein Teil von ihnen wird ja ohnehin dorthin gehen, wo alle europäischen „Ehrenmänner“ dieser Art in den letzten Jahren sich versammelt haben. Und wir sind glücklich, daß sie d. schon gegangen sind. Ich kann nur hoffen und ermahnen, daß die andere Welt, die mit diesen Verbrechern so tiefes Mitleid empfindet, wenigstens großzügig genug ist, dieses Mitleid in eine praktische Hilfe zu verwandeln. Wir sind von uns aus bereit, alle diese Verbrecher meinetwegen auf Luxus-schiffen diesen Ländern zur Verfügung zu stellen.

Wir haben in der überwältigenden Freude dieser Lage die Rache ver vergessen

Ich habe mit vielen Männern und Frauen meiner Heimat gesprochen, die mir sagten: „Wir alle hatten irgend jemand, den wir so hassten, daß wir der Überzeugung waren: Wenn die Stunde der Befreiung kommt, dann muß dieser Verbrecher beseitigt werden. — Und als dann die Stunde kam, waren wir so überwältigt vom Glück, waren wir so trunken von dem Wunder, daß wir das ganz vergessen haben. (Zubelnder Beifall der Massen.) Wir wollen sie nun nicht mehr sehen! Wir sind ja

alle so glücklich, daß wir nun zu Deutschland gehören, daß wir in die deutsche Volksgemeinschaft aufgenommen sind, und daß unser Land nun ein Teil des Deutschen Reiches, unsere Wehrmacht ein Teil der deutschen Wehrmacht ist." (Erneute stürmische Kundgebungen.)

Ich wollte diesem Land die Schrecken Spaniens ersparen.

Und das war der zweite Grund, warum ich marschieren ließ. Und dann ein dritter: Ich mußte helfen. Man hatte mich gerufen. Es wäre nicht zu verantworten gewesen vor der deutschen Geschichte, wenn ich nicht den Befehl zum Einmarsch gegeben hätte.

Wenn nun gewisse Auslandsblätter schreiben, daß wir mit grausamen Methoden eingefallen seien, dann kann ich nur sagen: Selbst im Sterben können sie das Lügen nicht lassen!

Ich habe im Laufe meines politischen Kampfes von meinem Volk sehr viel Liebe bekommen. Als ich aber in diesen Tagen die ehemalige Reichsgrenze überschritt, da schlug mir ein Strom von Liebe entgegen, wie ich ihn niemals größer empfunden habe. Nicht als Tyrannen sind wir gekommen, sondern als Befreier. Ein ganzes Volk jubelte auf. (Jubelnder Beifall der begeisterten Massen folgt jedem Satz des Führers.)

Nicht die brutale Gewalt, sondern unser Hakenkreuz hat hier gefiegt.

Als die Soldaten einzogen, da erlebte ich wieder ein Lieb meiner Jugend. Ich habe es so oft gläubigen Herzens einst gesungen. Dieses stolze Kampflied: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los...“ Und es war in der Tat der Aufstand eines Volkes und das Vorbrechen des Sturmes.

Unter diesem gewaltigsten Eindruck habe ich mich denn auch sofort entschlossen, nicht erst bis zum 10. April zu warten, sondern sofort die Einigung herbeizuführen. (Minutenlange begeisterte Zustimmung der Tausende.)

Ich konnte das tun, denn ich habe selbst dieses Volk gesehen. Und ich habe es gewagt, weil ich wußte: Ich werde am 10. April nicht eine Widerlegung meines Glaubens erfahren, sondern im Gegenteil, daß das ganze Volk sich zu dieser meiner Tat bekennen. (Erneut tosende Zustimmungskundgebungen.) Vor allem aber wollte ich der Umwelt eindeutig zeigen, daß über dieses Problem nicht mehr diskutiert wird.

Natürlich, man könnte nun fragen: Warum lassen Sie denn noch abstimmen? Warum soll dieses Deutsch-Österreich nun überhaupt noch zur Abstimmung gehen?

Es ist dies ein Akt, den wir in die deutsche Geschichte einfügen wollen.

Das Volk soll bekennen!

Ich bin hier ein besserer Demokrat als so viele der Demokraten in unserer Umgebung. Das Volk in Österreich soll die Gelegenheit haben aufzusteigen, und ich will sehen, ob es nicht den Sohn seiner eigenen Heimat und den Führer der Deutschen Nation wählt. (Unbeschreibliche Kundgebungen brachen dem Führer entgegen.) Und es soll damit zugleich ein Bekenntnis ablegen für ewig. Denn das schwören wir Nationalsozialisten uns heute so wie in der Vergangenheit: „Was wir einmal besitzen, geben wir niemals mehr her!“ (Erneut tosende Kundgebungen.) Wo unser Banner in die Erde gerammt wird, da steht ein lebender Wall deutscher Menschen davor!

Warum ich nun aber auch in Deutschland selbst abstimmen lasse? Innerhalb weniger Tage ist uns ein Wunder gelungen. Es könnte nur zu leicht sein, daß manche Deutschen die Größe und die Bedeutung dieses Aktes nicht ganz erfassen. Wir haben in wenigen Tagen mehr gewonnen, als früher nach siegreichen Kriegen heimgebracht werden konnte: 84 000 Quadratkilometer und 68 Millionen Menschen! Es ist ein gewaltiger Zuwachs für unser Reich. Deutschland ist heute räumlich größer als 1914. Es hat um fast sieben Millionen Einwohner mehr. Das ist ein gewaltiger Erfolg. Das muß Deutschland wissen und empfinden, und daran soll sich die Deutsche Nation immer erinnern. Es soll daher diesmal eine heilige Wahl sein.

Ganz Deutschland muß antreten und muß sich dazu bekennen!

(Brausende Heilrufe und tosende Begeisterung.)

Das, was sich in diesen letzten Wochen abspielte, ist das Ergebnis des Triumphes einer Idee, eines Triumphes des Willens, aber auch eines Triumphes der Beharrlichkeit und Zähigkeit und vor allem: Es ist das Ergebnis des Wunders des Glaubens, denn nur der Glaube hat diese Berge versetzen können. Ich bin einst im Glauben an das deutsche Volk ausgezogen und habe diesen unermüdelichen Kampf begonnen. Im Glauben an mich sind erst Tausende und dann Hunderttausende und endlich Millionen mir nachgefolgt. Im Glauben an Deutschland und an diese Idee haben Millionen unserer Volksgenossen in der neuen Ostmark des Südens unseres Reiches die Fahnen hochgehalten und sind dem Reich und dem deutschen Volkstum treu geblieben. Ich habe nun heute den Glauben zu diesem 10. April. Ich bin überzeugt,

an diesem Tage wird zum ersten Mal in der Geschichte wirklich ganz Deutschland marschieren.

Sie werden marschieren, nicht nur in den Alpenländern von Nörnten und Tirol, Steiermark oder Bayern, nicht nur an der Donau, sondern genau so am Rhein und in den Märchen von Schleswig-Vorpommern; sie werden marschieren in den Großstädten und in den Dörfern und vor allem auch hier in dieser Provinz. (Stürmische minutenlange Heilrufe.)

Ich werde an diesem Tage der Führer der größten Armee der Weltgeschichte sein.

Denn wenn ich an diesem 10. April meinen Stimmzettel in die Urne gebe, dann weiß ich: Hinter mir kommen 50 Millionen nach und sie alle kennen nur meine Parole: Ein Volk und ein Reich — Deutschland!

Am Schluß dieser demwürdigen ersten Wahlkundgebung des Führers im größeren Deutschland nahmen die Kundgebungen der Begeisterung und des Jubels unbeschreibliche Ausmaße an. Minutenlang jubelten die Männer und Frauen Ostpreußens dem Führer zu und immer wieder neu brandeten ihm ihre donnernden Heilrufe entgegen, als Gelöbnis, daß Ostpreußen auch am 10. April wieder seine Pflicht erfüllen werde.

Ostburg-Wonorzze — ein Tatsachenbericht.

Erfolgslose Bemühungen um die Erhaltung einer deutschen Privatschule im Kreise Inowroclaw.

Die „Deutsche Rundschau“ brachte in ihrer Nummer 44 vom 24. 2. 1938 die Nachricht, daß die deutsche Privatschule in Ostburg (Wonorzze), Kreis Inowroclaw, den Unterrichtsbetrieb einstellen mußte. Wir geben heute unsern Lesern eine zusammenhängende Darstellung dieses Falles, der, ebenso wie der Fall Neutomischel, nicht nur in der unmittelbaren beteiligten deutschen Elternschaft, sondern weit darüber hinaus begreifliche Erregung hervorgerufen hat.

Die deutsche Privatschule in Ostburg (Wonorzze) besteht seit dem Jahre 1926. Sie wurde am 7. 9. 1926 konzessioniert und am 12. 11. 1926 zunächst als einklassige Schule eröffnet, nachdem die bis dahin staatliche deutsche Schule am Ort mit Ablauf des Schuljahres 1925/26 aufgehört hatte zu bestehen. Vom Schuljahr 1929/30 ab wurde die Schule als zweiklassiger Unterrichtsbetrieb mit zwei Lehrkräften geführt.

Vom Tage der Gründung an bis zur Einstellung des Unterrichtsbetriebs vor wenigen Wochen war die Privatschule im ehemals staatlichen Schulhaus untergebracht, das für die Beschulung der wenigen polnischen Kinder am Ort nicht beansprucht wurde und auch künftig nicht gebraucht wird, da diese ihre eigene Schule im Nachbarort besuchen. Die Gemeindevorstellung und später der Ortschulrat als die bestellten Treuhänder des Schulvermögens hatten den seinerzeit mit dem Träger der Privatschule abgeschlossenen Pachtvertrag bis Ende 1936 immer wieder — zuletzt von Jahr zu Jahr — verlängert. Schwierigkeiten traten auf, als der am 1. 12. 1936 abgelaufene Vertrag erneuert werden mußte. Erst nach vielen Bemühungen gelang es, mit dem für die Verpachtung zuständigen Ortschulrat in DsniŹczewko für die Zeit vom 1. 12. 1936 bis zum 31. 12. 1937 einen neuen Vertrag abzuschließen; der jährliche Mietzins betrug 800 Zloty. Die Tatsache, daß nach Lage der Dinge ein Bedürfnis für die Eröffnung einer staatlichen Schule am Ort in absehbarer Zeit nicht vorliegt, ließ die Elternschaft mit Recht hoffen, das Gebäude auch über den 31. Dezember 1937 hinaus der Privatschule solange zu erhalten, bis der seit Jahren betriebene Schulneubau hätte durchgeführt werden können. Leider muß heute festgestellt werden, daß die der Privatschule entgegenwirkenden Kräfte stärker waren als der Wille zu einem verständnisvollen Entgegenkommen im Sinne der Minderheiten-Erklärung vom 5. November 1937.

Am 16. Dezember 1937 wurde der Antrag des örtlichen Schulvereins auf Verlängerung des Pachtvertrages vom Ortschulrat in DsniŹczewko abgelehnt und die Privatschule dahin verständigt, das Schullokal bis zum 31. Dezember 1937 zu räumen mit dem Hinweis, daß im Schulgebäude ein Armenhaus eingerichtet werden soll. Zu diesem Zweck sei das Gebäude vom Wójt in DsniŹczewko gepachtet worden.

Wer mit allem Tun und Sinnen / Immer in die Zukunft startt, / Wird die Zukunft nie gewinnen / Und verliert die Gegenwart.

Julius Wolff.

Warschau, den 18. Dezember 1937.

An das Schulkuratorium in Posen.

Die deutsche Privatschule in Wonorzze, Kreis Inowroclaw, ist im ehemaligen staatlichen Schulgebäude untergebracht, das der Rechtsträger der Privatschule vom Ortschulrat pachtet.

Mit Schreiben vom 16. 10. 1934 Nr. R. D. 1 2/23/34 hat das Wojewodschaftsamt das Gebäude als nicht geeignet für Schulzwecke befunden, worauf das Kuratorium mit Schreiben vom 1. 12. 1934 Nr. 1 77678/34 die Schließung der Schule zum 15. Juni 1935 verfügt hat.

Der Rechtsträger der Privatschule beschloß darauf, ein neues Schulgebäude zu errichten. Er reichte am 30. 3. 1935 beim Wojewodschaftsamt den Antrag auf Neubau und am 23. Mai den Antrag auf Weiterbenutzung des gepachteten Gebäudes bis zur Fertigstellung des Neubaus, ein.

Das Wojewodschaftsamt hat mit Entscheidung vom 2. August 1935 Nr. W 2/23/34 die Benutzung des gepachteten Schulgebäudes für ein Jahr, d. h. bis zum 1. September 1936 gestattet, worauf das Kuratorium den Schließungstermin um ein Jahr verschoben hat. Während der Laufzeit des Bauantrages hat das Kuratorium die Schließung der Schule immer um ein Jahr hinausgeschoben, ebenfalls wurde die Pacht des alten Gebäudes um ein Jahr verlängert.

Hier ist zu bemerken, daß der Pachtvertrag für das Kalenderjahr lautet, die Pacht also stets am Ende des ersten Schulhalbjahres abläuft. Da die Erledigung des Gesuches auf Neubau der Schule ausbleibt, hat der Rechtsträger ähnlich wie in vergangenen Jahren am 12. November d. J. beim Ortschulrat den Antrag auf weitere Verpachtung des alten Schulgebäudes gestellt.

Mit Schreiben vom 16. Dezember 1937 hat der Ortschulrat die Verlängerung des Pachtvertrages abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß das Lokal an die Gemeindeverwaltung für Zwecke der sozialen Fürsorge verpachtet wurde. Die deutsche Privatschule muß also zum 31. Dezember 1937 das Lokal räumen.

Da das Wojewodschaftsamt immer noch den Neubau nicht genehmigt hat, bitte ich dringend um Veranlassung, daß das alte Schulgebäude dem Rechtsträger der Privatschule weiterverpachtet wird, damit der Schulbetrieb nicht mitten im Schuljahr aufgelöst werden muß. Zugleich bitte ich dringend um die Genehmigung des Neubaus in Wonorzze, um den sich der Schuleigentümer seit zwei Jahren vergeblich bemüht.

Senator S a s s a c h.

Eine Antwort ist nicht erteilt worden.

Der Unterricht konnte nach den Weihnachtsferien zunächst wieder aufgenommen werden. Vorübergehend schien es sogar, als sei mit einer zufriedenstellenden Erledigung dieser Angelegenheit zu rechnen. Da erhielt der Leiter der Privatschule am 21. Februar 1938 von seinem Schulinspektor in Hohensalza den mündlichen Auftrag, den Unterricht in der Privatschule einzustellen und die Kinder den zuständigen staatlichen polnischen Schulen zu überweisen. Einen Tag später verlangte der Wójt zum wiederholten Mal die sofortige Räumung der Schulklassen. In den folgenden Tagen unternahmen die Eltern alle nur möglichen Schritte, um der Schule das Heim zu erhalten. Am 26. Februar 1938 wurde an den neuen Pächter des Gebäudes nachstehendes Schreiben gerichtet:

Die Väter der deutschen Kinder in Wonorzze.

Wonorzze, 26. Februar 1938.

An den Herrn Wójt Januszewicz

Dąbrowa Biskupia pow. Inowroclaw.

Herr Wójt!

Wir deutschen Eltern der Schulkinder in Wonorzze wenden uns an Sie als den ersten Bürger in der Gemeinde in der Sorge um die Schule für unsere Kinder. Sie behaupten, daß Sie das Verfügungsrecht über das Schulhaus, in dem sich unsere Privatschule befindet, erworben haben. Wir Eltern haben uns bemüht, das gleiche Gebäude zu mieten, damit die Schule unseren Kindern erhalten bleibt. Denn obwohl wir uns seit zwei Jahren anstrengen, die Genehmigung zur Erbauung eines eigenen Schulhauses zu bekommen, ist auf unseren letzten Antrag, den wir am 7. Januar 1937 der Wojewodschaft einreichten, bisher keine Antwort erfolgt. Mehr als 1 Jahr ist vergangen, und das Wojewodschaftsamt hat zu unserem Bauprojekt keine Stellung genommen. In dieser Zeit hätten wir unsere Schule schon erbauen können. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß dennoch das Wojewodschaftsamt den Bau erlauben wird. Darum, Herr Wójt, richten wir die Bitte an Sie als denjenigen, der die Rechte des Pächters erworben hat, und insoweit über das Schulhaus verfügt: gewähren Sie unseren Kindern die Unterstufte! Der Zweck, für den Sie das Schullokal gepachtet haben, ist sicherlich nicht so dringend wie unsere Schulfrage und wird sich auch mit der Verzögerung von einigen Monaten noch durchführen lassen.

Wenn Sie aber einer anderen Ansicht sind, dann bitten wir um Ihre klare Stellungnahme. Geben Sie ein Verbot, aus dem deutlich hervorgeht, daß unsere Kinder und ihr Lehrer den Raum nicht mehr zu Schulzwecken betreten dürfen. Unsere Kinder werden zwar weiterhin an jedem Tag um Einlaß in ihre Schule bitten, aber das Verbot der Behörde werden wir selbstverständlich befolgen.

Zwecks Vermeidung von Mißverständnissen bitten wir um schriftliche Antwort, ob Sie gestatten, daß in dem Lokal unsere Schule den Unterricht weiter abhalten darf — in dem Fall wollen wir gern Ihre Kosten und die Miete ersetzen — oder ob Sie die Räumung des Lokals fordern.

Am gleichen Tage wurde der zuständige Schulinspektor um Hilfe angegangen:

Wonorzze, 26. Februar 1938.

An das Schulinspektorat in Inowroclaw.

Sehr geehrter Herr Schulinspektor!

Die Eltern der Schulkinder deutscher Volkzugehörigkeit in Wonorzze übersenden Ihnen in der Anlage die Abschrift eines an den Wójt in Dąbrowa Biskupia, Herrn Januszewicz, gerichteten Schreibens zur gefl. Kenntnis.

Wir wenden uns an Sie, Herr Schulinspektor, als an die Behörde, der die unmittelbare Aufsicht über unsere Schule anvertraut ist, und bitten um Nachsicht für unsere Sorge im Hinblick auf die drohende Unterbrechung des Unterrichts in unserer Schule.

Weder wir Eltern noch der Lehrer wollen der Schule einen Schaden zufügen. Darum bitten wir Sie, gütigst veranlassen zu wollen, daß unsere Schule in dem bisherigen Lokal solange bleiben darf, bis das Wojewodschaftsamt den Leitens am 7. Januar 1937 eingereichten Bauplan bestätigt.

Wir hoffen, daß Sie, Herr Schulinspektor, die Angelegenheit unserer Schule wohlwollend behandeln und eine Störung des Unterrichts mitten im Schuljahr nicht zulassen werden.

Da wir Eltern keinen Fehler begehen möchten, bitten wir um eine deutliche Entscheidung.

Am 27. Februar 1938 wurde an den Herrn Kurator nachstehendes Telegramm gesandt:

Telegramm. Wonorzze, 27. Februar 1938.

An den Herrn Kurator des Schulbezirks Posen in Posen.

Die Eltern von 29 Kindern deutscher Volkzugehörigkeit in Wonorzze wenden sich an Sie, Herr Kurator, als den Beschützer der Schulen im Posener Schulbezirk, mit der Bitte um Schutz für die Privatschule mit deutscher Unterrichtssprache in Wonorzze, damit die Schule weiter in dem gegenwärtigen Schulgebäude verbleiben darf, das angelehnt der Wójt aus Dąbrowa Biskupia gepachtet hat, bis zur gütigen Erledigung unseres am 7. Januar 1937 bei dem Wojewodschaftsamt eingereichten Antrags auf Erlaubnis zum Bau eines eigenen Schulgebäudes. Wir bitten um entsprechende Beauftragung des Schulinspektorats in Inowroclaw, damit eine Unterbrechung des Unterrichts vermieden wird.

Endlich wandte sich die Elternschaft am 28. Februar 1938 durch Vermittlung des Herrn Senators Wiesner an das Innenministerium:

Telegramm. Warschau, 28. Februar 1938.

Herrn Raczynski Dr. Sawicki, Innenministerium in Warschau.

29 deutsche Kinder in Wonorzze, Kreis Inowroclaw, müssen heute das von ihren Eltern bis Weihnachten 1937 gemietete Schulgebäude verlassen, weil die Gemeinde dieses Schulgebäude an den Wójt Januszewicz aus Dąbrowa Biskupia, pow. Inowroclaw, verpachtet hat. Dem am 7. Januar 1937 eingereichten Antrag auf Errichtung eines neuen Schulgebäudes ist bis heute nicht stattgegeben worden. 29 deutsche Kinder werden auf die Straße gesetzt. Ich bitte den Herrn Raczynski, als den Beschützer unserer Volksgemeinschaft, dem Herrn Kreisinspektor in Inowroclaw die Anordnung zu erteilen, die vorläufigen Maßnahmen zu ungehörter Fortsetzung des Unterrichts zu treffen.

Senator Wiesner.

Alle Bemühungen blieben erfolglos. Am 3. März ging der Schulleitung folgendes Schreiben der Schulinspektion zu:

Der Schulinspektor in Inowroclaw

2. März 1938

Nr. 1112/38 Erfüllung der Schulpflicht. (Einschreiben! Gegen Empfangsbekätigung! vom 1. März 1938 Nr. 9/38)

An die Leitung der Privatschule mit deutscher Unterrichtssprache in Wonorzze.

Im Zusammenhang mit dem Schreiben vom 1. März 1938 Nr. 9/38 beauftrage ich Sie, die Kinder, die die dortige Privatschule besuchen, den territorial zuständigen öffentlichen Volksschulen in Modliborzycze bzw. DsniŹczewko zu überweisen.

Obige Verfügung ist sofort nach Erhalt dieses Schreibens auszuführen; die Schulkinder und die Eltern sind über die Notwendigkeit der Erfüllung der Schulpflicht entsprechend zu belehren. Obige Verfügung ist vorübergehend und verpflichtet bis zur endgültigen Regelung der Lokalfrage der dortigen Schule und in diesem Zusammenhang bis zu einer entsprechenden Verfügung der Schulbehörden.

Der Schulinspektor (—) Salarzinski.

Den behördlichen Weisungen entsprechend wurden die Kinder den zuständigen staatlichen Volksschulen überwiesen.

Es ist nicht die Schuld der seit Jahren um die Räumfrage und damit um den Weiterbestand ihrer Schule besorgten Eltern, wenn die Privatschule heute kein Heim hat und mitten im Schuljahr den Unterrichtsbetrieb einstellen mußte. Alle Bemühungen des Ortschulvereins seit 1935 um eine endgültige Lösung der Lokalfrage durch die Errichtung eines neuen Schulgebäudes hatten bis zum heutigen Tage keinen Erfolg. Wie alle staatlichen Schulhäuser einer zurückliegenden Bauzeit entspricht auch das staatliche Schulgebäude in Wonorzze nicht den Anforderungen, die das neue polnische Schulbaugesetz stellt. Infolgedessen beantragte der Schulverein Wonorzze erstmalig im März 1935 die Genehmigung

